

N i e d e r s c h r i f t

**der 115. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL
und HOAI am 01.07.2004**

öffentlich

Ort: Kiezkneipe "Silva"
Anhalter Platz 3
06132 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 17:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Strauch	SPD	
Frau Dr. Sabine Fiedler	CDU	
Herr Dr. Gerhard Hesse	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	Vertreterin für Herrn Geuther
Herr Frank-Uwe Heft	PDS	
Herr Dietmar Klimek	PDS	
Frau Heidrun Tannenber	PDS	
Herr Gottfried Koehn	SPD	Vertreter für Herrn Krause
Frau Yvonne Berkold	UBF	
Frau Sieglinde Voigt-Kremal		
Frau Martina Hesse	Verw	
Frau Antje Prautzsch	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Herr Joachim Geuther	CDU
Herr Johannes Krause	SPD
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Herr Friedemann Scholze	FDP
Herr Dieter Funke	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 17. 06. 2004
4. Vorlagen
 - 4.1. Information zum aktuellen Stand zum Baugeschehen der Integrativen Kindereinrichtung "Kinderland" (Neubau)
 - 4.2. **W i e d e r v o r l a g e** Baubeschluss Käthe-Kollwitz-Straße, Erneuerung der Fahrbahn zwischen Dorfplatz und Dorflage
Bitte bringen Sie zusätzlich die Ihnen bereits übersandte Vorlage aus der 113. Sitzung vom 27.05.2004 mit.
Vorlage: III/2004/04025
 - 4.3. **W i e d e r v o r l a g e** Wüfelwiese, Freiflächengestaltung mit Bolz- und Spielplatz - Baubeschluss
Bitte bringen Sie zusätzlich die Ihnen bereits übersandte Vorlage aus der 113. Sitzung vom 27.05.2004 mit.
Vorlage: III/2004/04061
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag des Stadtrates Dietmar Klimek, PDS, zur Aufstellung von einbetonierten Fahrradständern auf öffentlichen Verkehrsflächen
Vorlage: IV/2004/04249
6. Anfragen von Stadträten
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der
Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Wortprotokoll:

Herr Strauch eröffnet die Sitzung und stellt Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Wortprotokoll:

Herr Heft stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 4.3: Würfelwiese, Freiflächengestaltung mit Bolz- und Spielplatz – Baubeschluss von der Tagesordnung zu nehmen, da die Beteiligung der Naturschutzverbände noch nicht vorliegt und somit die Vorlage nicht behandlungsfähig ist.

Herr Strauch fordert Frau Neubert vom Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung zu einer Information auf: Sie erklärt, dass am 08. 06. 2004 Unterlagen an die Naturschutzverbände zu Stellungnahmen verschickt wurden. Die Frist zu den Stellungnahmen endet erst am 09. 07. 2004. Von den meisten Naturschutzverbänden liegt diese aber schon vor. Sie bittet den Tagesordnungspunkt aus diesen Gründen zu behandeln.

Herr Heft zieht seinen Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

einstimmig z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 17. 06. 2004

Wortprotokoll:

Der Niederschrift vom 17. 06. 2004 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

einstimmig z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Niederschrift vom 17. 06. 2004 wird zugestimmt.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Information zum aktuellen Stand zum Baugeschehen der Integrativen Kindereinrichtung "Kinderland" (Neubau)

Wortprotokoll:

Herr Heft hat zum Stand des Verfahrens der Integrativen Kindereinrichtung „Kinderland“ einige Fragen und bittet um eine schriftliche Beantwortung:

1. Warum erfolgte die Überweisung des Geldes zur Beauftragung des Gutachters durch das Gericht erst am letzten Tag der Überweisungspflicht (21. 06. 2004)? Seiner Meinung nach sind dadurch zwei Wochen ungenutzt verstrichen.
2. Im Internet gibt es eine sehr interessante Seite www.kindergarten-imeimer.de. Dort erfolgte die Auflistung der Pannen beim Bau der Kita „Kinderland“. Es sind auch telefonische Anfragen an die verantwortliche Leiterin der Verwaltung Kindertageseinrichtungen, Frau von Nievenheim, aufgelistet, welche alle unbeantwortet blieben. Warum ließ sich Frau von Nievenheim verleugnen?
3. Welche Kenntnisse hat die Stadt selbst in Bezug auf die Tragfähigkeit des Grundes? Seinen Informationen zufolge ist unter der Betonplatte, auf der gebaut wurde, ein verfülltes Kellergewölbe. Welche Kenntnisse zur Statik der Betonplatte liegen der Stadtverwaltung vor?
4. Hält es die Stadt für möglich, dass es sich bei den Rissen nicht um Mängelerscheinungen im Ringanker, sondern um Setzungserscheinungen handelt?
5. Welchen Termin setzt sich die Stadt, um den Umzug endlich zu realisieren?

Herr Strauch bemerkt, dass das Fehlen eines Vertreters des Fachbereiches ein Ausdruck der fehlenden Wertschätzung des Vergabeausschusses ist.

**zu 4.2 W i e d e r v o r l a g e Baubeschluss Käthe-Kollwitz-Straße,
Erneuerung der Fahrbahn zwischen Dorfplatz und Dorflage
Bitte bringen Sie zusätzlich die Ihnen bereits übersandte Vorlage aus
der 113. Sitzung vom 27.05.2004 mit.
Vorlage: III/2004/04025**

Wortprotokoll:

Als Gäste werden Herr Meerheim, Herr Dr. Schroeder und Herr Asche begrüßt.

Die Vorlage vertreten Herr Heinz, Herr Gey, Herr Hasselmann, Herr Martini und Herr Miljukow.

Herr Heft stellt den Antrag zum Rederecht der Gäste.

Abstimmung: *8 Ja-Stimmen*
 0 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Der Antrag wird angenommen.

Die Straßenausbaubeitragssatzung sieht vor, dass den Anliegern Mitspracherecht über den Standard und den Ausbauumfang der Straße eingeräumt wird. Wie wurde das den Bürgern ermöglicht?

Herr Heinz erläutert, dass es sich nur um den Ausbau der Fahrbahn handelt, die Gehwege wieder hergerichtet werden und auf Wunsch den Anwohnern die aufgebrochenen Steine zur Pflasterung ihrer Einfahrten zur Verfügung gestellt werden.

Herr Gey ergänzt, bei der Bürgerversammlung wurde nur über den Fahrbahnbereich diskutiert. Dies entsprach auch dem Wunsch der Bürger. Es werden die Borde und Entwässerung wieder hergestellt und die Nebenanlagen werden angeglichen. Es erfolgt das minimale zur Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Herr Strauch erfragt, ob es bei der Bürgerbeteiligung am 14. 06. 2004 Probleme gab.

Herr Dr. Schroeder antwortet, dass viele Bürger anwesend waren. Es ging um den Straßenbelag und wann und in welchem Umfang die Bürger finanziell beteiligt werden. Es stellt sich die Frage, wer die Höhe der finanziellen Beteiligung entscheidet. Er verliest einige Passagen aus dem Protokoll der Bürgerbeteiligung.

Herr Asche ergänzt, dass von den Bürgern der Ausbau der Straße gewollt wird. Auf die gestellten Fragen werden Antworten erwartet. Strittig ist die Straßentiefe von 35 cm bis 38 cm. In Bezug auf die Umleitungsstrecke hat man sich gegen die Bürger gestellt. Diese schlagen eine halbseitige Sperrung der Straße vor. Eine Umleitung über die Friedhofsstraße wird von den Bürgern abgelehnt. Zu der anderen Möglichkeit zur Aufnahme des Fahrzeugverkehrs (halbseitige Sperrung) fehlt von der Verwaltung bis jetzt noch eine Antwort.

Herr Strauch erwartet heute eine Antwort zur Umleitung.

Herr Heinz erläutert, dass die Beiträge für die Erneuerung einer Straße im Landesgesetz und in der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Halle (Saale) festgelegt sind. Auf die Höhe hat die Stadt keinen Einfluss. Die Dicke der Fahrbahn wird keine Veränderung der Beitragshöhe bewirken.

Herr Gey informiert zu der Umleitung: Die Umleitungsstrecke wurde in der Verwaltung ausführlich diskutiert. Der Verkehr soll über die Zwintschönaer Landstraße und die Äußere Leipziger Straße umgeleitet werden. Der Busverkehr und der Schulbus sollen über die Friedhofsstraße, Guido-Kisch-Straße und die Straße zum Hufeisensee umgeleitet werden. Diese Lösung ist die Vorzugsvariante.

Herr Asche bemerkt, dass es seiner Meinung nach keine Lösung ist, die Buslinien dort fahren zu lassen, da die Straße dafür nicht geeignet ist. Die Bürger sind für eine halbseitige Sperrung der Straße.

Herr Gey erklärt, dass die Friedhofsstraße so ausgerichtet ist, dass auch Busse dort fahren können. Eine halbseitige Sperrung der Straße ist nicht möglich, weil gleichzeitig die HWA GmbH dort mitbaut und die Verlegung neuer Leitungen straßenmittig erfolgt, so dass die gesamte Straßenbreite benötigt wird.

Herr Strauch folgt den Ausführungen von Herrn Gey. Die Alternative ist nachzuvollziehen. Er bittet darum, die Bürgerinitiative über die Umleitungsmaßnahmen schriftlich zu informieren.

Herr Heft erfragt, in welcher Höhe die Straße nun tatsächlich gebaut werden soll. Die Beschlussvorlage beinhaltet eine Höhe von 35 cm.

Herr Gey antwortet, dass 38 cm gebaut werden sollen. Die größere Dicke hat keine Auswirkungen auf die Höhe der geplanten Kosten.

Herr Heft bemerkt, dass im Protokoll der Bürgerbeteiligung 38 cm Höhe stehen, diese jedoch nicht Gegenstand der Vorlage sind.

Herr Heinz stellt fest, dass es ein Fehler in der Vorlage ist und diese hätte auf 38 cm geändert werden müssen. Er bittet darum, den Ausbau der Straße mit einer Höhe von 38 cm zu beschließen.

Herr Asche weist noch mal darauf hin, dass mit Beginn der Umleitung auch die Busschleuse vorhanden sein muss.

Herr Strauch stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

einstimmig z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Bau- und Vergabeausschuss beschließt den Bau zur Erneuerung der Fahrbahn in der Käthe-Kollwitz-Straße zwischen Dorfplatz und Dorflage. *In der Vorlage wird in der*

Baubeschreibung der Satz „... Das Großpflaster aus Mansfelder Schlacke sowie die Bettung sollen durch 38 cm dicke Asphaltsschichten ersetzt, die vorhandenen Borde aufgenommen, ausgerichtet und wieder verlegt werden...“ geändert.

2. Für die Käthe-Kollwitz-Straße, beginnend von der Delitzscher Straße bis zum Ende der Bebauung wird für den im Beschlusstext, Ziffer 1 genannten Teil eine Aufwandsspaltung und eine Abschnittsbildung im Sinne des § 3 der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Halle vom 29.12.1999 beschlossen.

zu 4.3 W i e d e r v o r l a g e W ü f e l w i e s e, F r e i f l ä c h e n g e s t a l t u n g m i t B o l z- und Spielplatz - Baubeschluss
Bitte bringen Sie zusätzlich die Ihnen bereits übersandte Vorlage aus der 113. Sitzung vom 27.05.2004 mit.
Vorlage: III/2004/04061

Wortprotokoll:

Die Vorlage vertreten Frau Neubert und Frau Trettin vom Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung.

Herr Heft bittet um eine Erläuterung des aktuellen Standes, insbesondere in Bezug auf die Naturschutzverbände und die Kinderfreundlichkeitsprüfung.

Frau Neubert erläutert, dass die Stadträte einen neuen Plan mit der geänderten Lage des Schiffwracks erhalten haben. Die Kinderfreundlichkeitsprüfung wurde korrekt durchgeführt. Jedoch aus Zeitgründen konnte eine Kinderbeteiligung nicht realisiert werden. In Zukunft soll dies jedoch berücksichtigt werden. Von den Naturschutzverbänden haben sich einige schon geäußert. Von diesen gab es Fragen zur Versiegelung – der Saaleradwanderweg soll ganzjährig befahrbar sein - deshalb als asphaltierter Weg. Er hat eine überregionale Bedeutung. Der Naturschutzbund fordert, dass dafür 1000 m² Entsiegelungsfläche extern ausgewiesen werden sollen. Zur Frage des Hochwassers kann gesagt werden, dass der Hochwasserabfluss gewährleistet ist. Zu den Eingriffen in den Holzbeständen teilt sie mit, dass die Sträucher 1:1 versetzt werden und die vorgesehenen Baumfällungen nur an Bäumen erfolgen, welche schon Schäden aufweisen. Die Zusammenstellung über die Stellungnahmen der Naturschutzverbände wird dem Ausschuss noch zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

einstimmig z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Vergabeausschuss beschließt die öffentliche Ausschreibung nach VOB/A des Bauvorhabens der Stadt Halle (Saale) – Wüfelwiese, Freiflächengestaltung mit Bolz- und Spielplatz.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag des Stadtrates Dietmar Klimek, PDS, zur Aufstellung von einbetonierten Fahrradständern auf öffentlichen Verkehrsflächen
Vorlage: IV/2004/04249**

Wortprotokoll:

Zu Beginn der Sitzung erhalten die Stadträte die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Strauch fragt Herrn Klimek, ob er mit dieser Antwort einverstanden ist.

Herr Klimek hat den Eindruck, dass durch diese bürokratischen Hürden es keine Fahrradständer geben wird.

Herr Heinz bemerkt, dass es bisher bei der Genehmigung von Fahrradständern im öffentlichen Verkehrsraum, sofern keine Beeinträchtigungen entstehen, keine Probleme gegeben hat. Er bittet Herrn Klimek, einen Antrag beim Fachbereich Tiefbau / Straßenverkehr zu stellen.

zu 6 Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

keine

zu 7 Beantwortung von Anfragen

Wortprotokoll:

keine

zu 8 Anregungen

Wortprotokoll:

keine

zu 9 Mitteilungen

Wortprotokoll:

keine

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08
